

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Waigel, Dr. Schwarz-Schilling, Wissmann, Glos, Dr. Warnke, Dr. Lammert, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Kraus, Helmrich, Echternach, Spilker und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/913 —

— Strukturberichterstattung —

A. Problem

Das Konzept der Strukturberichterstattung als bisher teuerster Forschungsauftrag des Bundeswirtschaftsministeriums soll unter Berücksichtigung bestimmter Einzelaspekte gestrafft werden.

B. Lösung

Diese Straffung wäre allenfalls erst bei künftiger Strukturberichterstattung möglich; die Aufträge für die Berichtsperiode 1981 bis 1983 wurden den Instituten bereits im Juli 1981 erteilt, so daß dem Antrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht entsprochen werden kann. Der Bundesminister für Wirtschaft wird den zuständigen Fachausschuß rechtzeitig vor weiteren Auftragsvergaben über thematische Schwerpunkte und Fristen einer beabsichtigten Fortsetzung der Strukturberichterstattung unterrichten.

Einmütigkeit im Ausschuß

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 9/913 — für erledigt zu erklären.

Bonn, den 21. September 1982

Der Ausschuß für Wirtschaft

Dr. Dollinger	Dr. Lammert
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Lammert

Der Antrag — Drucksache 9/913 — ist am 16. Oktober 1981 beim Deutschen Bundestag eingebracht und von diesem in seiner 64. Sitzung am 12. November 1981 an den Ausschuß für Wirtschaft federführend und an den Innenausschuß zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Innenausschuß hat die Vorlage am 24. März 1982 beraten. In seiner Stellungnahme begrüßt er den ersten Spiegelstrich des Antrags insoweit, als weitere Strukturberichte auf der Grundlage einer aktualisierten Datenbasis abgegeben werden sollen. Der Innenausschuß teilt die restriktive Tendenz des Antrags zur Erhebung neuer bzw. Ausweitung bestehender Bundesstatistiken; er unterstützt im Grundsatz Maßnahmen, die auf eine Entbürokratisierung hinzielen. Der Innenausschuß äußert ferner den dringenden Wunsch, daß in Zukunft in die Strukturberichterstattung verstärkt der Gesichtspunkt des Umweltschutzes, also die Auswirkungen der Umweltpolitik sowohl auf die Belastung wie auch die Entlastung der Wirtschaft, aufgenommen wird.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag zusammen mit der Stellungnahme der Bundesregierung zu den Berichten der fünf an der Strukturberichterstattung beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute — Drucksache 9/125 — in Drucksache 9/762 beraten. Er gewann dabei die Überzeugung, daß die nächsten Strukturberichte den Zeitraum von 1981 bis 1983 enthalten sollten. Eine Verschiebung des Abgabetermins der Berichte auf 1985 schien dem Ausschuß einerseits aus rechtlichen Erwägungen nicht sinnvoll zu sein, da die konkreten Aufträge an die Institute bereits — wenn auch unter einem haushaltsrechtlichen Vorbehalt — vergeben waren; andererseits beinhaltet die Auftragsvergabe bis 1983 aus der Sicht des Ausschusses deshalb einen geeigneten Untersuchungszeitraum, weil durch Vorlage neuer Disaggregationen eine aktuellere Informationsbasis gegeben sein wird.

Der BMWi hat dem Ausschuß für Wirtschaft zugesichert, ihn rechtzeitig vor weiteren Auftragsvergaben über deren thematische Schwerpunkte und Fristen im Rahmen der beabsichtigten Fortsetzung der Strukturberichterstattung über 1983 hinaus zu unterrichten.

Der Ausschuß diskutierte ausführlich die Frage der Notwendigkeit zur Erhebung neuer bzw. der Ausweitung bestehender Bundesstatistiken. Er war sich dabei grundsätzlich einig, daß eine Belastung der Wirtschaft durch zusätzliche Statistikkosten vermieden werden sollte.

Für die Fortsetzung der Strukturberichterstattung im Untersuchungszeitraum bis 1983 sind keine Ausweitungen von Statistiken vorgesehen. Sollten für eine künftige Strukturberichterstattung ergänzende Statistiken beispielsweise über die Finanzierung der Unternehmen oder zu Ex-Post-Analyse des intrasektoralen Strukturwandels notwendig sein, so müßte im fachlich zuständigen Ausschuß für Wirtschaft diese Frage kritisch analysiert werden. Dabei sollte dann überprüft werden, ob auf andere bereits bestehende Statistiken verzichtet werden kann.

Der Ausschuß stimmte in der Zielsetzung überein, bei der Strukturberichterstattung künftig den gesamtwirtschaftlichen und den sektoralen Auswirkungen der Strukturpolitik eine größere Bedeutung beizumessen. Dabei sollte insbesondere die Wirkung von Subventionen auf die Beschäftigung und der Zusammenhang zwischen Strukturwandel, Beschäftigungsstruktur und globaler Beschäftigung vertieft analysiert werden.

Des weiteren sah der Ausschuß die mit der Prognose von Strukturentwicklungen zusammenhängenden Probleme als so gravierend an, daß er den Verzicht auf die Erstellung amtlich verbindlicher Sektorenprognosen befürwortet.

Bonn, den 21. September 1982

Dr. Lammert

Berichterstatter

